

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

"Lehren aus der Geschichte". Jiang Zemin bei den Siegesfeiern in Moskau

Am 9. Mai nahm Staatspräsident Jiang Zemin an der Zeremonie zur Einweihung der Gedenkhalle für den "Großen Vaterländischen Krieg" in Moskau teil, die den 50. Jahrestag des Siegs im "Antifaschistischen Krieg" markierte.

Aus der Sicht Jiangs war der "Antifaschistische Krieg" ein "Kampf zwischen Gerechtigkeit und Übel, zwischen Licht und Dunkelheit sowie zwischen Fortschritt und Reaktion in der Geschichte der Menschheit. Angesichts der faschistischen Aggression vereinigten sich mehr als fünfzig Länder, darunter die Sowjetunion, China, die USA, Großbritannien und Frankreich sowie alle friedliebenden Völker der Welt. Sie bildeten eine internationale Einheitsfront gegen den Faschismus... Der Sieg im Antifaschistischen Krieg ist ein ewiges Denkmal in der Entwicklungsgeschichte der Weltzivilisation; denn er legte die Grundlage für den Weltfrieden (sic!), ebnete den Weg zur nationalen Befreiung und förderte den menschlichen Fortschritt."

Am Sieg seien vor allem die beiden Völker der Sowjetunion und Chinas beteiligt gewesen: "Die Sowjetunion setzte sich auf dem antifaschistischen Hauptkriegsschauplatz Europas mit 80% der faschistischen deutschen Streitkräfte auseinander, wofür sie mit 27 Millionen Toten und unermesslichen materiellen Schäden bezahlen mußte. Kein anderes Land, kein anderes Volk hat jemals den Sieg in einem nationalen Verteidigungskrieg so teuer erkaufte." Die Beiträge der Westmächte werden demgegenüber eher als sekundär bezeichnet.

Im Fernen Osten, und zwar "auf dem dortigen Hauptkriegsschauplatz kämpfte China gegen mehr als zwei Drittel der japanischen Landstreitkräfte und hatte dabei mehr als 35 Millionen Tote und

Verwundete zu beklagen". Großzügig gesteht Jiang auch der "Sowjetunion, den USA und anderen alliierten Kräften" einen Beitrag am Sieg gegen die Japaner zu. Die eigentliche Last aber habe China getragen.

Und die Lehren der Geschichte? "Die gerechte und fortschrittliche Sache wird immer triumphieren und läßt sich von keiner Kraft ersticken. Ferner zeigt die Geschichte, daß Länder mit verschiedenen Systemen und Ideologien zusammenarbeiten können, wenn es um das Überleben und die Entwicklung der Menschheit geht. Die Geschichte zeigt darüber hinaus, daß alle Länder den Weg zu Frieden und Entwicklung einschlagen sollten... Die ganze Menschheit sitzt letztlich im selben Boot, ... vor allem heute, da die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Staaten voneinander immer größer wird." (XNA, 9.5.95)

Darüber hinaus erteile die Geschichte auch noch eine Lektion für das bilaterale Verhältnis zwischen China und Rußland: Die Kooperation beider Völker habe sich im Antifaschistischen Krieg bewährt und könne, trotz zwischenzeitlicher Trübung, auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz fortbestehen, vor allem im Hinblick auf das 21. Jh.

Daß es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs rd. fünf Dutzend lokale Kriege gegeben hat, wurde von Jiang kaum zur Kenntnis genommen. Kein Wort auch über Bosnien und Tschetschenien, für die sich ja möglicherweise ebenfalls Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg hätten ableiten können. Kein Wort schließlich auch über die höchst altmodische und offene Machtdemonstration der russischen Regierung bei den Moskauer Siegesfeiern mit Truppenaufmärschen und kolossalen Panzerparaden. Immerhin waren am 10. Mai - ohne die Beteiligung westlicher Gäste und Jiang Zemins - rd. 10.000 Soldaten der Armee, des Innenministeriums und der Grenztruppen, u.a. auch der Kampfverbände, die in Tschetschenien Dienst leisteten, an der Ehrentribüne vorbeigezogen, auf der sich fast die ganze russi-

sche Regierung versammelt hatte. Anschließend paradierten Hunderte von Panzern, gepanzerten Fahrzeugen und mobilen Raketenwerfern über den Roten Platz und zogen etwa 50 Kampf- und Transportflugzeuge über die Stadt hinweg.

Dem Besuch Jiangs folgten zwei widersprüchliche Ereignisse:

Einerseits kam es schon fünf Tage später zu einem unterirdischen Atomwaffenversuch in China - dem vierten seit 1992, also seit jenem Zeitpunkt, da die Atomwaffenbesitzer vereinbart hatten, ihre Versuche künftig einzustellen.

Moskau protestierte gegen diesen chinesischen Verstoß, wenn auch sehr gedämpft. (Interfax, Moskau, in SWB, 17.5.95)

Andererseits wurde am 16. Mai ein Partnerschaftsabkommen zwischen den beiden Hauptstädten Beijing und Moskau unterzeichnet. (XNA, 17.5.95) -we-

*(2)

Besuch des russischen Verteidigungsministers in China

Am 15. Mai 1995 kam Pavel Grachow auf Einladung seines Amtskollegen Chi Haotian nach China. Als Zweck dieses Besuchs wurde die "Entwicklung der Beziehungen zwischen der russischen Armee und der VBA" angegeben. Beide Seiten wollten einige Weiterungen bei der militärischen Zusammenarbeit im Zeitraum 1995/96 besprechen, hieß es.

Zu Grachows Delegation gehörte der Oberkommandierende der russischen Luftstreitkräfte, der Stellvertretende Kommandeur der Luftlandtruppen, der Kommandeur der Fernost-Militärregion und der Kommandeur der Pazifikflotte. (RIA, in SWB, 16.5.95)

Bei den Besprechungen wurde auch nochmal auf den gemeinsamen Kampf im Zweiten Weltkrieg verwiesen, der Ansporn für die Zukunft geben könne. Teilnehmer auf chinesischer Seite waren neben dem Verteidigungsminister: Xu Huizi, Stellvertretender Generalstabschef der VBA, Marinekommandeur Zhang Lianzhong, der Politikommissar der Luftwaffe, Ding Wenchang, der Präsident der Nationalen Verteidigungsuniversität, Zhu Dengfa, und der Kommandeur der Beijing Militärregion, Li Laizhu. (XNA, 15.5.95) Immer

wieder wurde über die "Entwicklung der militärischen Zusammenarbeit" gesprochen, ohne daß - verständlicherweise - Einzelheiten darüber bekanntgegeben wurden. Es ist aber kein Geheimnis, daß die Zusammenarbeit vorerst vor allem in umfangreichen Waffenlieferungen Rußlands an China besteht.

Grachow gab bekannt, daß die chinesische Seite sich bereit erklärt habe, ihre unterirdischen Nuklearwaffentests einzustellen. (Interfax, in SWB, 17.5.95)

Von einigen kleinen Trübungen abgesehen wurden die Besprechungen aber als "freundschaftlich und herzlich" bezeichnet, vor allem bei den Gesprächskontakten zwischen Jiang Zemin und Grachow. (XNA, 17.5.95)

Kurz vorher, nämlich am 1. und 2. März 1995, hatte der russische Außenminister Kosyrew die VR China besucht und dabei vor allem drei Punkte behandelt, nämlich das Angebot Rußlands, sich an chinesischen Schlüsselprojekten zu beteiligen, ferner die Versicherung, daß die russische Regierung sich streng an die Einzelheiten des 1991 geschlossenen Abkommens über die Abgrenzungen entlang der russisch-chinesischen "Ostgrenze" halten wolle, und drittens die Vorlage eines Abkommens über die Abgrenzung der russisch-chinesischen Westgrenze. (Ausführlich dazu C.a., April 1995, Ü 4) -we-

* (3)

Murayama in der VR China: "Bedauern über das Verhalten Japans" im Zweiten Weltkrieg sowie Gegenwartsprobleme

Vom 2. bis 6. Mai besuchte der japanische Ministerpräsident Murayama die VR China, führte Besprechungen und nahm u.a. auch an einem Gedenken anläßlich des 50. Jahrestags des Kriegsendes teil. (*Kyodo*, in SWB, 4. und 5.5.95)

Besonders wichtig war den Chinesen sein Kniefall am 3. Mai, als er die Lugou(Marco Polo)-Brücke in der Nähe Beijings besuchte, wo die japanischen Truppen am 7. Juli 1937 ihren Überraschungsangriff auf Nord- und Nordostchina begonnen hatten. An dieser Brücke war später die Gedenkhalle des "Widerstands gegen die japanische Aggression" errichtet worden. Murayama war der erste japanische Ministerpräsident, der diese Halle besuchte und ein Reuebekenntnis ("tiefes Bedauern") abgab. (NHK TV, in SWB, 5.5.95)

Noch vor seiner Reise hatte in Japan eine Debatte über die Lehren aus der Geschichte stattgefunden. China hatte diese Debatte - wie alle entsprechenden Auseinandersetzungen in Japan - aufmerksam verfolgt und dabei feststellen können, daß viele Japaner, insbesondere die meisten Angehörigen der jüngeren Generation, keine Ahnung von den Verbrechen ihrer Väter und Großväter während des Zweiten Weltkriegs hätten. Mit Empörung wird in China auch immer wieder festgestellt, daß viele führende Persönlichkeiten Japans nicht im geringsten daran dächten, über die Verbrechen vor fünfzig Jahren Reue zu empfinden oder sich gar zu entschuldigen.

Beim Zusammentreffen mit Staatspräsident Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng gab Murayama die Erklärung ab, daß die japanische Aggression und Kolonialherrschaft dem chinesischen Volk und anderen asiatischen Ländern Not und Elend gebracht habe. Japan müsse sein Gewissen erforschen. Vor allem aber müßten beide Völker an einer dauerhaften, stabilen und freundschaftlichen Kooperation arbeiten.

Neben der Symbolik sollte der Besuch Murayamas aber auch der Lösung gegenwärtiger bilateraler Probleme dienen, die viel schwerer drücken und die durch die eindrucksvollen Zeremonien an der Marco-Polo-Brücke lediglich überspielt wurden. So gibt es Meinungsverschiedenheiten über Handelsungleichgewichte, über japanische Quoten für Textilimporte sowie über die Rückzahlung japanischer Kredite, die sich - sehr zu Lasten Chinas - durch die faktische Aufwertung des Yen nach dem Dollarsturz um mehr als 10% verteuert haben. (XNA, 3.5.95) Japan hat China seit 1979 Entwicklungskredite in Höhe von 1,55 Billionen Yen eingeräumt. China ist ferner nach den USA der zweitgrößte Handelspartner Japans mit einem Handelsvolumen von 46 Mrd.US\$ i.J. 1994.

All diese Punkte waren Gegenstand intensiver Besprechungen. Ob noch ein weiteres, für Japan peinliches Thema offiziell zur Sprache kam, wurde nicht bekanntgegeben, nämlich die Forderung chinesischer Kriegsoffer nach finanzieller Entschädigung. Beijing hatte bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen i.J. 1972 bekanntlich auf Ausgleichszahlungen verzichtet, doch sehen sich zahlreiche Kriegsoffer an dieses, wie sie meinen, vorschnelle Versprechen nicht gebunden, sondern pochen auf

Entschädigungen für erlittenes Leid. Ein regierungsunabhängiges chinesisches Entschädigungskomitee, das nach eigenen Angaben Kontakt zu 800.000 Betroffenen unterhält, hat in Japan zwanzig Anwälte eingeschaltet, die damit beauftragt sind, 36 Fälle exemplarisch vorzubringen. Wenn Japans Regierung die Forderung nach Entschädigung zurückweise, würde sie voraussichtlich vor Gericht gebracht. (SCMP, 27.4.95)

Japans Regierung erteilt jedoch allen Forderungen nach Entschädigung für die Greuelthaten während des Zweiten Weltkriegs eine Absage, wobei sie sich auf die Vereinbarung vom September 1972 bezieht, in der China auf alle Forderungen *expressis verbis* verzichtet habe.

Die Chinesen können also froh sein, wenn Japan die Vorfälle vor fünfzig Jahren wenigstens "bedauert" und seine Friedensliebe bekundet. Entschädigung jedenfalls käme nicht in Betracht. Dieser Standpunkt wird von der Regierung in Beijing bestätigt. (*Zhongguo Xinwen she*, in SWB, 6.5.95)

Am 26.4.1995 traten neun Opfer von einst in Beijing vor die Presse und erläuterten dort die Hintergründe ihrer Ansprüche. Huang Fengtong, dessen rechte Hand verkrüppelt ist, berichtete, daß er 1943 im Alter von nur 13 Jahren von der japanischen Armee nach Hokkaido, also auf die nordjapanische Insel, entsandt wurde, um dort Zwangsarbeit im Bergwerk sowie beim Holzfällen zu verrichten. Er und seine Kameraden seien gezwungen worden, bei Temperaturen weit unter Null Grad zu arbeiten, ohne daß man ihnen geeignete Kleidung oder medizinische Behandlung hätte zukommen lassen.

Eine 62jährige Bäuerin aus Jiangxu beschrieb, wie Japaner i.J. 1937 das Haus ihrer Familie niedergebrannt und alle Einwohner mit dem Bajonett niedergemacht hätten. Sie selbst habe mit einem 7jährigen Kind auf dem Rücken fliehen wollen, doch habe einer der Soldaten mit dem Bajonett das Kind erstochen und sie dabei noch tief im Rücken verletzt.

Ein weiterer Anklageführer gehörte zu den wenigen Überlebenden des "Lagers 731" in der Mandschurei, wo die japanische Armee medizinische Experimente an Lebenden durchführte. (SCMP, 27.4.95)

Wenige Tage nach dem Besuch Murayamas führt Beijing einen Atombombentest (14. Mai) durch. Daraufhin verkündete die japanische Regierung, daß sie - als eine Art Protest - die Finanzhilfe für die Volksrepublik reduziere. Dies teilte ein Regierungssprecher in Tokyo am 22. Mai mit, ohne jedoch Angaben über das Ausmaß der Kürzungen zu machen. Gerüchteweise wurde jedoch bekannt, daß die Kürzung nicht substantiell sei, sondern eher als symbolische Geste verstanden werden möge. Im übrigen habe es sich bei dieser "Kürzung" um die erste konkrete Sanktion gehandelt, die Japan seit 1972 gegen Beijing verhängt habe. (FT, 23.5.95; *Kyodo*, in SWB, 22.5.95)

Die chinesische Seite drückte über diese "Reduzierung der Hilfe" ihr Bedauern aus. (XNA, 25.5.95) Der japanische Schritt sei unsensibel und schade einer gesunden Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen, betonte der Sprecher des Außenministeriums, Shen Guofang. -we-

*(4)

Beijing wendet sich gegen eine "Internationalisierung der Spratly-Frage"

Bei einer Pressekonferenz am 11. Mai kam die Frage auf, wie China auf die (mittlerweile offen geäußerten) Besorgnisse des amerikanischen Außenministeriums im Hinblick auf die Spratly-Frage reagierte. Die Antwort Shen Guofangs, des Sprechers des Außenministeriums, lautete: "Die Lage im Südchinesischen Meer ist nicht so gespannt, wie viele Leute behaupten. Die chinesische Regierung unterstützt nach wie vor die friedliche Lösung des Konflikts über die Nansha(Spratly)-Inseln durch bilaterale Verhandlungen. Bis der Konflikt beigelegt ist, sollten die beteiligten Parteien ihre Auseinandersetzungen hintanstellen und gemeinsam die Ressourcen nutzen. Wir glauben, daß unser Vorschlag mit den Interessen der Länder in dieser Region einhergeht und von immer mehr Ländern verstanden und unterstützt wird. Wir sind gegen die Internationalisierung der Nansha-Frage und gegen die Einmischung anderer Länder. Solch ein Vorgehen wäre der Lösung der Frage nicht förderlich, sondern würde sie im Gegenteil komplizieren." Shen hatte auch gleich noch eine Anschlußfrage zu beantworten. Es sei nämlich berichtet worden, daß das philippinische Verteidigungsministerium vom 5. bis 19. Mai 25 ausländische

Journalisten dazu eingeladen habe, die Vorgänge im Bereich der Spratly-Inseln und in den umliegenden Gewässern zu beobachten und Informationen zu sammeln. Wie stelle sich China zu dieser Initiative? Daraufhin Shen: "China besitzt unbestreitbare Souveränität über die Nansha-Inseln und die umliegenden Gewässer. Was den Disput zwischen China und den Philippinen über die Frage der Nansha-Inseln anbelangt, so tritt China für eine friedliche Lösung durch bilaterale Verhandlungen ein. Jeder Versuch oder jede Aktion, die die Frage komplizieren, verschlimmern oder internationalisieren könnte, wird der Beilegung des Konflikts nicht förderlich sein. Die chinesische Regierung hat gegenüber der philippinischen Regierung harte Vorwürfe erhoben: Ihr Vorgehen, ausländische Journalisten auf die Nansha-Inseln zu entsenden, ist provokant." (XNA, 12.5.95; BRu 1995, Nr.22, S.22) -we-

*(5)

Die chinesische Afrikapolitik - zwischen Einsicht und Wunschdenken

Gegenüber Afrika fährt die Volksrepublik China seit Jahrzehnten einen Kurs, der zwischen Ernüchterung und Wunschdenken hin und her schwankt.

Auf der einen Seite werden Zerrissenheit und Unfriede in Afrika beklagt, so z.B. im Zusammenhang mit den Somalia-Flüchtlingen. In Somalia seien in den Jahren zwischen 1991 und 1992 300.000 Menschen "durch Dürre und Bürgerkrieg ums Leben gekommen". Die internationale Gemeinschaft habe große Anstrengungen unternommen, um die Flüchtlinge Somalias zu unterstützen. Die fortwährenden militärischen Auseinandersetzungen behinderten jedoch ihre Bemühungen erheblich. (BRu 1992, Nr.51, S.19)

An anderer Stelle wird über den Konflikt zwischen Marokko und der "Volksfront für die Befreiung der Westsahara" berichtet - ein Konflikt, der "seit langem dahinschwele und bisher noch jeden Friedensplan habe zusammenbrechen lassen". (BRu 1993, Nr.12, S.14) Wieder an anderer Stelle wird der Rückfall Nigerias in eine Militärherrschaft beklagt (BRu 1993, Nr.50, S.9) - ein Ereignis, das Schwierigkeiten mit den Nachbarn hervorrufen könne. Ein anderes Mal weigert sich China, an dem vom UNO-Sicherheitsrat (am 8. November 1994) aufgestellten "International Criminal Tribunal on the Rwanda

Issue" teilzunehmen. Dies sei eine Einmischung in innere Angelegenheiten. (China Radio International, Beijing, SWB, 16.11.94) Was China freilich nicht leugnen konnte, ist der Bürgerkrieg und der Völkermord, der sich in diesem zentralafrikanischen Land abspielt.

Wiederum bei einer anderen Gelegenheit beklagt Beijing die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Uganda und Sudan. (XNA, 4.5.95)

In einer Analyse des "Instituts für gegenwärtige internationale Beziehungen" vom Februar 1993 (vol.III, Nr.2, S.9 ff.) werden Gründe für die tiefe Zerrissenheit Afrikas aufgezählt, nämlich (1) das Erbe der kolonialen Periode, seien es nun Widersprüche zwischen den Stämmen, zwischen den Ethnien oder aber zwischen den Religionen, vor allem zwischen Katholizismus und Islam, ferner (2) die ständige Einmischung des Militärs in politische Fragen. So habe es beispielsweise in Benin bisher acht Staatsstriche gegeben, in Ghana neun, in Nigeria mindestens sechs. Darüber hinaus gebe es (3) widerstrebende Kräfte zwischen den Verfechtern eines Vielparteiensystems und monokratischer Systeme. Dadurch werde die Zukunft der Demokratie in Afrika tief beeinträchtigt. Der Kampf um das richtige "good government" habe dazu geführt, daß die 80er Jahre zu einer "verlorenen Dekade" für Afrika geworden sei. Zwischen 1986 und 1990 sei das afrikanische Pro-Kopf-Einkommen jährlich um 0,7% zurückgegangen, die jährliche Nahrungsmittelproduktion um 0,17%. Ende 1990 hätten sich die afrikanischen Auslandsschulden auf eine Summe von 72 Mrd. US\$ aufgetürmt - 2,5mal so viel wie 1980 - und gleichbedeutend mit 90% des gesamten afrikanischen BIP. (Ebenda, S.5)

Einsichten dieser Art sind das eine; doch drückt die Außenpolitik Chinas gegenüber diesen Problemen gerne beide Augen zu, wenn es gilt, wieder einmal das alte Lieblingsprojekt Beijings hervorzuholen, nämlich die OAU (Organization of African Unity). Am 25. Mai 1995 wurde deshalb mit großem Aufwand der 32. Jahrestag der OAU-Gründung begangen. Außenminister Qian Qichen persönlich war in Beijing zu den Feierlichkeiten erschienen und tat so, als ob es für Afrika keinerlei Schwierigkeiten gebe. Er sei "überzeugt, daß Afrika im Gefolge dauernder Bemühungen ganz gewiß Entwicklung und Prosperität erreichen" werde. Die OAU

sei ein Symbol der "afrikanischen Einheit und Zusammenarbeit" (sic!), die stets eine positive Rolle bei der Förderung des Friedens und bei der Entwicklung des Kontinents gespielt habe! (XNA, 26.5.95) -we-

Innenpolitik

*(6)

Politik in Chinas Dörfern: KP-Arbeitsgruppen, Clanherrschaften und basisdemokratische Experimente

Auf der Plenartagung des KP-Zentralkomitees im September letzten Jahres war die Revitalisierung der ländlichen Basisorganisationen eines der wichtigsten Themen. Offiziellen Meldungen zufolge hat die Stärkung der "Organisationsarbeit" auf dem Lande in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht. Die Tätigkeit der von den höheren Parteiebenen entsandten Arbeitsgruppen verlief erfolgreich. Insgesamt sollen inzwischen 450.000 Partei- und Regierungskader auf den Dörfern nach dem Rechten gesehen und sich um die "Ausrichtung" (*zhengdun*) der dortigen Parteiorgane bemüht haben. (RMRB, 4.4.95; XNA, 4.5.95)

Die Schulung ländlicher Basiskader in ökonomisch wichtigen Disziplinen werde in mehreren Provinzen mit großer Energie vorangetrieben. Das Ausbildungsprofil von Parteizellensekretären und Dorfkomitee-Vorsitzenden werde in Zukunft strengeren Anforderungen unterworfen, um die Entwicklung der ländlichen Kollektivwirtschaft zu beschleunigen (bezeichnenderweise ist nicht von einer Förderung des Privatsektors die Rede).

Um der Etablierung ländlicher Beziehungs- und Korruptionsgeflechte entgegenzuwirken, haben die KP-Organisationsabteilungen in der Provinz Sichuan die uralte chinesische "Vermeidungsregel" bekräftigt: Auf der Ebene von Kreispartei Komitees und Kreisregierungen, die für die Machtdurchsetzung des Parteistaates in ländlichen Gebieten eine Schlüsselbedeutung besitzen, sollen die wichtigsten Positionen künftig nicht mehr von Einheimischen besetzt werden. Auch müsse die Ämterrotation in den Fällen verstärkt werden, wo einzelne Kader schon über längere Zeit am selben Ort amtierten. Von dieser Rege-

lung sind die auf Kreisebene bedeutendsten Ämter betroffen: die Leitungspositionen im Parteikomitee, in der Kreisregierung, in der KP-Organisationsabteilung und im Amt für Öffentliche Sicherheit (Polizei). (ZTS, Hongkong, 6.4.95, nach SWB, 18.5.95)

In vielen, vor allem ärmeren Regionen haben die Institutionen des Parteistaates zusehends mit archaischen Kräften zu ringen: Clanherrschaften drohen, Parteiorgane und Parteipolitik auf lokaler Ebene zu unterhöheln und zu ersetzen. Nach Berichten der Hongkonger *South China Morning Post* (SCMP, 28.4.95) haben die chinesischen Sicherheitsorgane kürzlich in einem landesweit zirkulierenden Dokument vor dem Wiedererstarken "feudalistischer Clans" in einer Vielzahl von Regionen gewarnt. Besonders in abgelegenen Kreisen mit einem niedrigen Einkommens- und Bildungsniveau haben die in den fünfziger Jahren mit drakonischen Maßnahmen bekämpften Clans inzwischen die KP-Basisorgane verdrängen oder vereinnahmen können. Clanoberhäupter haben die Funktionen von Parteisekretären und Dorfvorstehern selber übernommen oder Sippenmitglieder als Leiter der offiziellen Institutionen eingesetzt.

In Provinzen wie Hunan und Jiangxi ist es in einigen Kreisen so weit gekommen, daß die Clanorganisationen sogar Steuerabführungen an die übergeordneten Verwaltungsebenen oder auch Familienplanungsmaßnahmen offen ablehnen. Einzelne Clans in Zentralchina sollen mehr als 30.000 Mitglieder haben, die große finanzielle Beiträge leisten, um Schreine und Tempel ihrer Sippen zu erhalten und gemeinsame Aktivitäten (Feste, Umzüge etc.) zu organisieren. So weit ginge der Einfluß mancher Clans, daß ihre Feste sogar im lokalen Fernsehen übertragen würden. Auch seien blutige Konflikte zwischen verfeindeten Clans keine Seltenheit in Zentralchina.

Anders stellt sich die Situation in solchen ländlichen Gebieten dar, in denen die politische Modernisierung mit kleinen Schritten voranzukommen scheint. Vor allem in wirtschaftlich prosperierenden Dörfern werden seit den achtziger Jahren die Mittel der "Basisdemokratie" erprobt: die Direktwahl der Dorfkomitee-Vorsteher. Nachdem die Kommunistische Partei mit der Entkollektivierung der Landwirtschaft erheblich an Einfluß auf dem Land verloren hat, experimentiert die Zentralregierung (verantwortlich ist das Ministerium für

Zivile Angelegenheiten, das unter den Regierungsinstitutionen nicht gerade über besonders große Autorität verfügt) mit neuen Maßnahmen, um die Stabilität des politischen Gefüges in ländlichen Regionen sicherzustellen. (AWSJ, 18.5.95)

Da nur populäre Führer eine Chance haben, bei den Bauern Gehör zu finden und notwendige wirtschaftliche Erneuerungsmaßnahmen durchzusetzen, wird in ausgewählten Kreisen verstärkt mit Wahlen auf Dorfebene experimentiert. Viele der in jüngster Zeit gewählten Dorfvorsteher sind nicht älter als dreißig bis vierzig Jahre und haben häufig schon einen Oberschulabschluß. Von offiziellen Stellen verlautet, daß nur noch etwa die Hälfte der direkt gewählten Dorfvorsteher der KPCh angehören. Lokale Unternehmer haben gewöhnlich besonders gute Chancen, das Amt des Dorfvorstehers in Wahlen zu erringen, weil ihnen die Verwirklichung allgemeinen Wohlstands zugetraut wird. Allerdings ist, wie ein Unternehmer bekannt, "das Gehalt (eines Dorfvorstehers) niedrig, man muß früh aufstehen, und die Leute beschimpfen einen, wenn man seine Arbeit nicht gut macht." Die Wahlvorgänge werden von einem Großteil der dörflichen Bevölkerung akzeptiert, auch wenn Manipulationen in einigen Gegenden immer noch häufig vorkommen.

Das Spektrum der politischen Strukturen, die auf den chinesischen Dörfern anzutreffen sind, ist außerordentlich vielgestaltig: Von korrupten Parteiinstitutionen über archaisch anmutende Clanherrschaften bis hin zu demokratisch gewählten Dorfleitungen reichen die Ausprägungen dörflicher Führungsmuster. Regionale Unterschiede im kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand sind entscheidend für die uneinheitliche Ausgestaltung der politischen Strukturen an der ländlichen Basis. Die offiziellen Institutionen des Parteistaates sind unterhalb der Kreisebene weitgehend ausgehöhlt. In Chinas Dörfern hat die ungewisse und widersprüchliche Zukunft jenseits des Kommunismus schon begonnen. -hei-

*(7)

70 Jahre kommunistische Gewerkschaften: Huldigungen an die "Arbeiterklasse" und Diskussionen um das Streikrecht

Im Mai 1925 wurden in einer Reihe chinesischer Großstädte wie Shanghai, Guangzhou und Tianjin die ersten